



«Wir können jedem Flüchtling helfen»: Dies war nach der Verabschiedung der Genfer Flüchtlingskonvention 1951 die Hoffnung, die sich nie erfüllt hat. SANTI PALACIOS / AP

Einstürzende Narrative schaffen Freiraum

Schieben wir wichtige Probleme unserer Zeit vor uns her, weil wirkungslose Narrative die Lösung verhindern? Längst brüchige Weltbilder kommen 2024 zu Fall. Den Kopf regelmässig von Überholtem zu entrümpeln, macht krisenresistent. Gastkommentar von Toni Stadler

«Uno-Klimaabkommen werden die Erderwärmung aufhalten», dies war seit Kyoto das zentrale Narrativ. Nach dem 29. Gipfel in Baku vom November glauben das nur noch die Organisatoren. Sie lobten ihren «hard-fought deal», der armen Ländern Milliarden für die Adaptation und die Transition zu fossilfreiem Wirtschaften verspricht, hoffentlich ab 2035. Die Regierungen der hochverschuldeten OECD-Staaten sind unfähig, umzusetzen, was sie an 29 Klimakonferenzen versprochen haben. Führen ihre Klimapolitiken zu höheren Energiepreisen, tieferem Komfort oder schwindender globaler Konkurrenzfähigkeit, werden sie abgewählt. Das alljährliche Jammern des Uno-Generalsekretärs ändert daran nichts.

«Wandel durch Handel»

Da jeder Staat auch ohne Konferenzen weiss, was auf seinem Territorium zu tun ist, die Staatengemeinschaft aber kein globales Abkommen schafft, braucht es ein neues Narrativ. In ökologisch fortschrittlichen Gesellschaften gibt es in fast allen Industriezweigen einen Konsens, Treibhausgas zu reduzieren. Viele weltweit operierende Konzerne, in den Bereichen Zement, Stahl, Energie oder Transport tätig, wollen als Teil der Lösung des Dilemmas gesehen werden.

Der Handlungsspielraum des Privatsektors ist gerade in politisch und wirtschaftlich turbulenten Zeiten grösser. Unternehmen können mit einschränkenden Spielregeln leben, solange diese auch für die Konkurrenz gelten. Weil globale Emissionsgesetze für Produktion und Handel fehlen, wären selbstregulierende Übereinkünfte innerhalb der Branchen ein gangbarer Weg. Die International Chamber of Commerce in Paris, ihre Handelskammern und Branchenverbände könnten den privatwirtschaftlichen Klimaschutz weltweit anführen.

Trotz lokalen Erfolgen steht der Gesamtaufwand westlicher Staatshilfe an ärmste Länder in keinem Verhältnis zum Ertrag.

Mit realistischen Jahresberichten über gemachte Fortschritte an das Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) und mit öffentlichem «naming and shaming» zur Bestrafung von Trittbrettfahrern.

Mit dem Narrativ «Wandel durch Handel» erwarteten Ökonomen von freien Handelsströmen globales Wirtschaftswachstum. Entwicklungsexperten hofften, gegenseitige Abhängigkeiten würden Frieden bringen sowie gute Regierungsführung, Menschenrechte und Demokratie zum weltweiten Standard machen. Trotz Seattle-Protesten und Anti-WEF-Demonstrationen funktionierte der erste Teil des Narrativs. Die Herstellung von Konsumgütern – Schuhe, Kleider, später Flatscreens und Smartphones – in Tieflohnländern hat einer Milliarde Menschen in China, Vietnam, Bangladesh und Indonesien Arbeit und Einkommen gebracht. Mehr als die gesamte Auslandshilfe der Industrieländer zwischen 1995 und 2015.

Einstige Kolonien – etwa Vietnam oder Malaysia, die das Outsourcing verbunden mit einer Industrialisierungspolitik begrüssten – sind auf gutem Weg. Manche arabische und afrikanische Länder, etwa Ägypten oder Senegal, welche im Outsourcing Neokolonialismus witterten, stagnieren. Gleichzeitig sanken im OECD-Raum die Preise für Konsumgüter und damit die Inflation.

Chronisch negative Handelsbilanzen und sinkende Kaufkraft genügen einer USA-Mehrheit, das erfolgreiche Narrativ zu kippen. Die Geschichte des 21. Jahrhunderts ist noch nicht geschrieben. Executive Orders aus Washington reichen nicht mehr so weit wie einst. Das Narrativ der Zukunft, freier Verkehr von Gütern, Information, Kapital und qualifizierten Arbeitskräften, bleibt die Chance für den wirtschaftlichen Aufstieg aller.

«Die Auslandshilfe der OECD-Länder wird Armut im Süden beseitigen»: Dieses Narrativ des Kalten Krieges, dessen Geschenk-Charakter (Grants) bis heute andauert, hätte nach dem Kollaps der Sowjetunion durch normalen wirtschaft-

lichen Austausch ersetzt werden müssen. Das geschah nicht, weil in der industrialisierten Welt inzwischen gegen dreissig staatliche Auslandshilfe-Agenturen entstanden waren, die Hunderte Organisationen, Uno, Entwicklungsbanken, NGO, mit Zehntausenden international salariereten Angestellten finanzierten.

«In» waren nach der Wende Globalisierungsthemen, gute Regierungsführung, Menschenrechte, Demokratie, Bürgernähe, Gender, Empowerment durch Kultur. Geber wandten sich von technischen Projekten wie Gesundheit, Infrastruktur, rationalisierter Landwirtschaft ab. Fast vollständig vernachlässigt wurde, was Europa, die USA und Ostasien entwickelt hatten: die Förderung des profitorientierten Privatsektors als Gegengewicht zum Staat.

Trotz lokalen Erfolgen steht der Gesamtaufwand westlicher Staatshilfe an ärmste Länder in keinem Verhältnis zum Ertrag. Ausser Botswana und Rwanda schaffte keines den Anschluss an die Industrialisierung. Weil die Bevölkerung stärker wuchs als das BIP, geht es der Unterschicht Afrikas heute schlechter als nach der Unabhängigkeit. Nach jahrzehntelanger Unterstützung sind der Sudan, Tschad, Niger, Mali, Burkina Faso oder Moçambique gescheiterte Staaten und werden (unterstützt durch Russland oder China) wieder autoritär regiert.

Diese Rückschläge führten weder in der Delegation noch kürzlich im Parlament zu einer Diskussion über den Ersatz des unwirksamen Narrativs. Hier ein Vorschlag: Entwicklung und Armutsreduktion sind Folgen richtiger Industrialisierungspolitiken von Regierungen und ihren Handelskammern. Nehmen die Eliten in armen Ländern dies nicht ernst, ist Hilfe aus Übersee zwecklos. Als Geber arbeite man künftig nur noch mit 50 Prozent lokaler Eigenfinanzierung oder zinsgünstigen Krediten. Dies wird die Zahl der Schwerpunktländer reduzieren und Mittel frei machen für den Ausbau einer erweiterten humanitären Hilfe zusammen mit der Bauindustrie: bei Naturkatastrophen, der Unterstützung von Kriegsvertriebenen, dem Wiederaufbau nach Friedensschluss.

Keine frischen Ideen

«Wir können jedem Flüchtling helfen», dies war nach der Verabschiedung der Genfer Flüchtlingskonvention 1951 ein nie getestetes Narrativ. Im letzten Jahrzehnt wurde der «Schutz von Verfolgten» zu einem Geschäft des Menschentransports aus Regionen mit Armut, Menschenrechtsverletzungen und Kriegen hin zu sicheren Sozialstaaten. Weil der Widerstand gegen unbewilligte Einwanderung von rechts aussen kam, wurde er zehn Jahre ignoriert. Was die USA und Europa nationalistischen Reflexen auslieferte, den Brexit auslöste, Frankreich, Deutschland und die Niederlande polarisierte, so dass sie für wichtigere Aufgaben handlungsunfähig geworden sind. Ohne dass damit in Herkunftsändern die Lebensbedingungen verbessert worden wären.

Selbstverständlich muss ein neues Migrationsnarrativ zusammen mit Rechtsparteien ausgehandelt werden. Um amerikanische Zustände mit 12 Millionen Papierlosen zu vermeiden, braucht es eine Schliessung der Aussengrenzen der Europäischen Union für illegale Einwanderung und die Verweisung von Qualifizierten und Verfolgten nach der Flüchtlingskonvention auf das (erneut einzuführende) Botschafts asyl in den Herkunftsregionen.

«Universitäten entwickeln innovative Narrative», glauben die Steuerzahler. Stimmt das noch? Hört man Politologen und Soziologen in den täglichen Talkshows zu, eher nicht. Praktikable Vorschläge zur Lösung von Problemen zu machen, etwa wodurch einstürzende Narrative ersetzt werden müssten, scheint selten ihre Sache. Dafür wird observiert, analysiert und kommentiert, was ohnehin abläuft.

Sind Wissenschaftler nicht dafür ausgebildet, auf ihrem Fachgebiet eigene Meinungen zu entwickeln, um in Krisenzeiten Politikern Handlungsoptionen vorzuschlagen? An Podiumsdiskussionen, in «Development-Studies», ob in der Schweiz oder in Deutschland, entsteht häufig der Eindruck, die Meinungen zum Thema seien längst gemacht, man brauche für das Literaturverzeichnis einfach noch einen unbequemen Praktiker. Viele Studenten wirkten wie fleissige Sammler von «verbiage» englischsprachiger Autoren, von Jeffrey Sachs bis Paul Collier, und mischten Publiziertes neu auf. Texte gebären Texte: So entstehen keine neuen Narrative, so schreibt man (wie ein geschickter Chatbot) alte Narrative weiter.

Weshalb kommen aus unseren Universitäten kaum frische Ideen mit Nobelpreis-Potenzial? Hütet eine alte Garde das Narrativ universitärer Seriosität durch Unterdrückung nicht erwünschter oder kurios erscheinender Ideen? Narrative, die in Millionen Köpfen zirkulieren, sind einflussreich. Universitätsleitungen müssen mehr Freiraum schaffen für Erzählungen, die von Mehrheitsfähigem abweichen. Sonst überlassen sie das Bauen von Narrativen 18-jährigen Influencern und 78-jährigen Politikern.

Toni Stadler hat 25 Jahre bei IKRK, Uno, OECD, Schweizer Auslandshilfe in Asien, Nahost und Afrika gearbeitet. Er ist Stiftungsrat der Drosos Foundation (Zürich), die in Nordafrika und der Levante Jugendlichen in ihrem Land zu Einkommen verhilft.